

(Weitere Beispiele 57; 64; 67; 69; aus neuester Zeit 159 ff.) Der Wunsch nach Aufstieg wird zuerst mit traditionellen Mitteln verfolgt: Man schafft sich eine Legende (Herkunft aus Kriegertum, ja Nachkommenschaft nach einem verschollenen israelischen Stamm (80; 89) oder nimmt die Riten höherer Kasten an (= „Sanskritization“ wie etwa Verzicht auf Fleisch und Alkohol usw.; hierzu vor allem 107 ff.). Alles dies hilft jedoch nichts (129); ja die Sanskritization macht sogar lächerlich (155). Man verzichtet daher auf solche traditionellen Methoden (180) und versucht, das Ziel auf moderne Art und Weise zu erreichen: 1910 wird eine Organisation zur Betreibung des Aufstieges gegründet, der Nadar Mahajana Sangam (130 ff.). Zwar gehört ihm nur ein Bruchteil der Kastenmitglieder an, sie wird aber von allen als Vertretung der Gesamtheit betrachtet (162).

Der Verfasser schildert im einzelnen die Wege, mittels derer diese Organisation des Aufstieges ihre Ziele zu erreichen sucht. Zum Teil mag sich dieses Streben erledigt haben durch die Organismen, die andere Kriterien in den Vordergrund treten läßt, z. B. die Eigenschaft als Arbeitnehmer. Immerhin: Selbst ein aufgeklärter Nadar bezieht sein neuerbautes Haus erst, nachdem er es durch Brahminen von dem Makel hat entsühnen lassen, daß Unreine am Bau mitgewirkt haben (245).

Die Aufgaben, die man heute dem Staate zuschreibt, die hier aber wesentlich noch von gesellschaftlichen Gebilden bewältigt werden, werden nicht von dem erwähnten „Sangam“, sondern von engeren und sehr viel festern Organisationen, den „uravinmurai“, besorgt (hierüber vor allem S. 99 ff.). Verteidigung gegen eine feindselige Umwelt, Zivil- und Strafgerichtsbarkeit, Sozial- und Bildungspolitik sind die Aufgaben, die diese Gebilde sich stellen und offenbar mit bedeutendem Erfolg verwirklichen.

Diese wesentlichen Dinge sind verborgen in einem geradezu tropischen Unmaß von Details an Vorgängen und Personen. Zwar hat der Verfasser seine Darstellung mit einer Übersicht über das Wesen der Kasten eingeleitet. Aber den Blick auf das Wesentliche des überreich dargebotenen Materials vermittelt allenfalls das Schlußwort (262 ff.). So liegen insgesamt die Vorzüge des Buches mehr in der Veranschaulichung als in der Durchdringung. Herbert Krüger

PAUL ISOART

**Le phénomène national vietnamien.**

De l'indépendance unitaire à l'indépendance fractionnée. — Bibliothèque de Droit international, T. XV, Paris 1961, 437 S.

PAUL ISOART

**Le Viêtnam**, Paris 1970 (Dossiers U2 bei A. Colin), 104 S.

Der politisch interessierte Zeitgenosse sieht sich in der Vietnamfrage seit einigen Jahren einer Flut von Veröffentlichungen gegenüber, vornehmlich aus den USA, ohne daß sich bei ihm jene Informiertheit einstellt, die unentbehrlich erscheint, wenn man zu dieser von ideologischen Voreingenommenheiten überwucherten Frage ein halbwegs fundiertes Urteil abgeben will. Immer noch sind es daher die Franzosen, die bisher die besten Arbeiten über Vietnam vorgelegt haben. Eine davon<sup>1</sup> ist die große Arbeit Paul Isoarts über das vietnamesische Nationalphänomen, die, obgleich schon 1961 erschienen, nichts von ihrer ursprünglichen Aussagekraft verloren hat. Ihre Grundthesen hat der Autor prägnant zusammengefaßt und 1969 in der kleinen Reihe „Dossiers U2“ bei Armand Colin veröffentlicht. Ein Dokumenten- und Literaturanhang weisen dort den interessierten Leser in vorbildlicher Weise den Weg zu den Detailfragen der Vietnamproblematik.

Isoart macht den Leser vorurteilslos damit vertraut, daß es die koloniale Phase

<sup>1</sup> Vgl. auch Philippe Devillers, *Histoire du Viêt-Nam de 1940 à 1952*, 3me Ed., Paris 1952, Paul Mus, *Viêt-Nam, Sociologie d'une guerre*, Paris 1952, und Jean Lacouture/Philippe Devillers, *La fin d'une guerre, Indochine 1954*, Paris 1960, alle bei du Seuil erschienen.

in der Geschichte Vietnams ist, welche die größte Aufmerksamkeit verdient, da sich das Schicksal Vietnams in diesem Zeitabschnitt entschieden hat, und zwar in der Auseinandersetzung zwischen geschichtlichem Anspruch und politischer Wirklichkeit, zwischen dem Festhalten an der Tradition und den Anforderungen des technisch-industriellen Zeitalters. Vietnam hatte jahrhundertlang unter einer mehr oder weniger lockeren Oberhoheit Chinas gestanden (von dem es die entscheidenden politischen, kulturellen und sozialen Institutionen übernommen hat: den Ackerbau, die Schrift, den Konfuzianismus und darauf beruhend das Mandarintat), ehe es in der Wende des 18. zum 19. Jahrhundert unter dem Prinzen Nguyen Phuoc Anh und im Zeichen des Niedergangs des chinesischen Kaiserreichs zu politischer Einheit fand. Gia Long, wie sich Nguyen Phuoc Anh später nannte, wußte, was er dem Westen zu verdanken hatte: Wesentlich mit Hilfe des ehrgeizigen Pigneau de Béhaine, Bischofs von Adran, an die Macht gekommen, dessen in der europäischen Kriegskunst erfahrene Söldner ihm militärische Überlegenheit gesichert hatten, ging er daran, den Staat nach europäischem Vorbild zu reformieren und zu reorganisieren. Den Nachfolgern Gia Longs gelang es indessen nicht, die politische Einheit in Unabhängigkeit zu bewahren. Querelen mit der katholischen Mission, die als Gefährdung der Staatsideologie betrachtet wurde, führten zu fremdenfeindlichen Unruhen in Tongking, was wiederum für Frankreich Legitimation genug war, um in der Rolle des Beschützers bedrohter Christen seine imperialistischen Ziele zu verfolgen. So konnte Admiral Rigault de Genouilly am 1. September 1858 mit vierzehn Schiffen und 2500 Mann in Tourane landen und die fast hundertjährige Präsenz Frankreichs in Vietnam begründen. Die koloniale Phase in der Geschichte Vietnams war von dem Bemühen Frankreichs gekennzeichnet, seine neue territoriale Erwerbung so vollständig zu integrieren, daß die ungestörte Versorgung der französischen Wirtschaft mit

den reichen Rohstoffen, die Vietnam zu bieten hatte, sichergestellt war. Dazu brauchte Frankreich die bestehenden Institutionen des vietnamesischen Staates nicht vollständig zu beseitigen. Es erreichte vielmehr diesen Zweck ebenso wirksam durch innere Aushöhlung. Äußerer Ausdruck dieser Politik war die staats- und völkerrechtliche Ausgestaltung, die Frankreich in der Folgezeit Vietnam zuteil werden ließ. 1862 zwang es den Kaiser Tu Duc die Provinz Cochinchina abzutreten, die fortan durch einen Generalgouverneur verwaltet wurde. Die dem vietnamesischen Kaiser verbliebenen Provinzen Tongking und Annam erhielten Protektoratsstatus, was bedeutete, daß die äußeren Angelegenheiten und die Landesverteidigung in die Zuständigkeit Frankreichs fielen. In Hanoi und Hué akkreditierte „Residenten“ nahmen die Rechte Frankreichs wahr. Doch war diese vertraglich belassene innere Autonomie nur von kurzer Dauer: Als alle drei vietnamesischen Provinzen 1887 im Verein mit den beiden anderen indochinesischen Königreichen Laos und Kambodscha, die ebenfalls eine französische Schutzherrschaft anerkennen mußten, zu einer „Indochinesischen Union“ zusammengefaßt wurden, war ganz Vietnam faktisch der Befehlsgewalt des Generalgouverneurs in Saigon unterstellt. Nur auf regionaler Ebene blieben noch längere Zeit gewisse Unterschiede in der Ausgestaltung der Administration sowie in der Intensität, mit der französische Provinzchefs in die inneren Angelegenheiten Vietnams eingriffen, bestehen.

Dabei war die Stellung des Generalgouverneurs im Grunde genommen paradox: Obgleich nur Mandatar der Regierung in Paris, hatte er auch und gerade die Interessen des vietnamesischen Volkes zu vertreten. Am weitesten waren seine Vollmachten in Cochinchina ausgestaltet: Er vereinigte in seiner Person die wichtigsten legislativen und exekutiven Funktionen. Finanzwesen, Erziehung, Wirtschaft, Landwirtschaft, öffentliche Dienste, Post, Zoll und Staatsregien unterstanden ihm direkt. Er stellte den Haushaltsplan in eigener Ver-

antwortung auf, war Herr über die innere und äußere Sicherheit, verfügte allein über die Verwendung von Land- und Seestreitkräften und durfte den Notstand ausrufen. Zwar war dem Generalgouverneur ein „Conseil privé“ zur Seite gestellt, doch übte dieses Organ nur beratende Funktionen aus. Von seinen 37 Mitgliedern waren obendrein nur fünf Vietnamesen, von denen wiederum drei durch die französischen Behörden bestimmt wurden.

Demgegenüber blieb in den Protektoraten Tongking und Annam die historische autonome Verwaltung erhalten. Faktisch griffen aber auch dort die französischen Provinzchefs in die Verwaltung der Kantone und Gemeinden ein, wenn „die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ es erforderte — eine Befugnis, von dem sie auch in anderen Fällen zunehmenden Gebrauch machten.

Nun hatte Frankreich seine Präsenz in Vietnam immer auch als eine zivilisatorische Aufgabe verstanden, wofür eine so renommierte wissenschaftliche Einrichtung wie das „Institut Louis Pasteur“ in Hanoi beredtes Zeugnis ablegt. Dennoch gelang es Frankreich zu keiner Zeit, sich von dem Odium des kolonialen Ausbeuters zu befreien. Die Gründe hierfür sieht Isoart einmal darin, daß es der französischen Indochinapolitik von jeher an jedem Konzept mangelte. Indochina war mit Ausnahme der letzten Phase französischer Herrschaft niemals mehr als nur oberflächlich in das Bewußtsein der französischen Öffentlichkeit getreten. Ihren spektakulärsten Ausdruck fand diese Indifferenz in dem Umstand, daß in den Jahren 1902 bis 1945 das Amt des Generalgouverneurs dreiundzwanzigmal neu besetzt worden war. Zum anderen sieht Isoart die Ursachen dafür in der mit der Kolonialisierung einhergehenden Umstrukturierung der Wirtschaft begründet, welche die alte Gesellschaftsordnung zerstörte, ohne daß ein den Bedingungen des industriellen Zeitalters angepaßtes Äquivalent gefunden wurde. Die Anlegung riesiger Plantagenwirtschaften hatte die Bauern in eine Abhängigkeit zu den neuen Grundbesitzern gebracht, aus dem sie

sich auch dann nicht befreien konnten, als man Kapitalinvestitionen zum Aufbau einer einheimischen Industrie vorzunehmen begann. Denn massive Schutzzölle des französischen Mutterlandes ließen Investitionen nicht sonderlich lukrativ erscheinen und verhinderten dadurch, daß sich das extreme Übergewicht Frankreichs im Außenhandel mit Indochina zugunsten des letzteren ausgleichen konnte. Wenngleich die indochinesische Wirtschaft nicht, wie in vielen anderen Kolonien, auf Monokultur basierte, so führte doch die verhinderte Industrialisierung bei gleichzeitig zunehmender Proletarisierung der Landbevölkerung, mit zu jenem revolutionären Klima, in welchem die später von Ho Chi Minh gegründete Nationale Befreiungsbewegung gedeihen und schließlich triumphieren konnte.

Der wirtschaftlichen Ungleichheit entsprach die fehlende Rechtsgleichheit auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens, am deutlichsten sichtbar im Mangel jeder echten Repräsentation, und zwar in einem doppelten Sinne verstanden: sowohl als Fehlen einer formalrechtlich gesicherten Vertretung, als auch als Fehlen einer glaubwürdigen Legitimation der französischen Kolonialmacht. Gerade in der Bewährung der der spezifischen vietnamesischen Lebensweise angepaßten, höchst differenzierten Staats- und Gesellschaftsordnung hatte von jeher die Legitimation des Herrschers gelegen. In Vietnam war das Verhältnis zwischen Volk und Kaiser wesentlich durch die Lehre des Konfuzius bestimmt, die in der Familie das Fundament des Staates sieht. Auf Pietät gründete sich deshalb auch das Staatsgefüge in Vietnam. Der Herrscher war „Himmelsohn“ und zugleich höchster Lehrer seines Volkes. Die Tugend der „Kindespflicht“ verpflichtete den Untertanen zum Gehorsam ihm gegenüber, zugleich aber den Herrscher zum Opfer für seine „Söhne“. Himmlische und irdische Welt standen in Analogie zueinander, verbunden nur durch den Herrscher. Seine Macht, formal unbeschränkt, fand im „Mandat des Himmels“ seine Grenze. Er durfte deshalb abgesetzt werden,

wenn er dem himmlischen Auftrag nicht mehr gerecht wurde, so wenn Seuchen, Naturkatastrophen und Kriege das Land überzogen und die Völker sich zu offenem Aufruhr erhoben. Es ist darum auch kein Zufall, daß die 1947 durch Frankreich veranlaßte Wiederkehr Bao Dais als „Staatschef“ von Vietnam, nachdem dieser im August 1945 zugunsten der sich neu konstituierenden „Demokratischen Republik Vietnam“ unter Ho Chi Minh abgedankt hatte, die im Volk aufkommenden Zweifel an dieser und allen folgenden Herrschaftsübernahmen niemals beseitigt hat.

Der konfuzianischen Lehre entsprechend hatte sich in der Vergangenheit der Kaiser in der Verwaltung seines Reiches nicht auf einen Geburtsadel, sondern allein auf den Geistesadel gestützt. Ein Staatsrat oder Geheimer Rat vereinigte die höchsten Würdenträger des Landes. Dort wurden die großen Fragen der Politik beraten. Sechs Ministerien — Kollegialorgane und in mehrere Abteilungen untergliedert — teilten sich die Aufgaben des Innern, der Finanzen, der Riten, des Krieges, der Justiz und der öffentlichen Dienste. Das Land selbst war in 31 Provinzen eingeteilt, die sich wiederum in Distrikte, Kreise, Kantone und Gemeinden untergliederten. Dabei unterstanden die Provinzial-, Distrikts- und Kreisorgane unmittelbar der kaiserlichen Zentralgewalt, während auf der Ebene der Kantone und Gemeinden eine echte Selbstverwaltung bestand. Die absolute Macht des Kaisers war „temperiert durch die Autonomie der Gemeinden“. Eine Besonderheit des vietnamesischen Staatsaufbaus lag darin, daß alle Provinzen vertikal miteinander verbunden waren, und zwar dergestalt, daß jede Provinz unter dem Schutz der jeweils größeren stand. Auf diese Weise konnte ohne Personalvermehrung eine Hierarchie aufrechterhalten werden, die den Freiheitsraum des einzelnen, den ihm das traditionsreiche, von Ahnenverehrung bestimmte, patriarchalische und von keinerlei Privilegien geprägte Dorf- und Familienleben seit alters gewährte, nicht antastete.

Von dieser Staats- und Gesellschaftsordnung unterschied sich das durch Frankreich eingeführte Regime grundlegend. Dabei war es nicht allein die unzureichende, um nicht zu sagen fehlende Beteiligung der Vietnamesen am politischen Leben, sondern das Fehlen jeglicher staatsbürgerlicher Grundfreiheiten überhaupt, das den Boden für die spätere revolutionäre Entwicklung in Vietnam bereitet hat. Isoart läßt es offen, ob die demokratischen Institutionen der III. Republik ein geeignetes Instrumentarium für die Modernisierung eines in der starren konfuzianischen Tradition verhafteten Landes abgeben hätten. Ihre Nichtübernahme bei gleichzeitiger Zerstörung der alten Ordnung mußte jedoch zwangsläufig dazu führen, daß sich ein neues autochthones Gegengewicht nicht bilden konnte.

Besonders verhängnisvoll wirkte sich dieser Mangel auf dem Sektor des Erziehungswesens aus. Die Ersetzung des modernen Wissenschaften abgewandten und allein an der Morallehre des Konfuzius ausgerichteten Bildungssystems durch ein rein zweckorientiertes Studium der annamitischen und französischen Sprache erschütterte die bisherigen Grundlagen der vietnamesischen Gesellschaftsordnung. Die größere geistige Beweglichkeit, die sich die französischen Behörden von dieser Neuerung versprochen, trat nicht ein und machte statt dessen einer wachsenden Unbildung in breiteten Bevölkerungsschichten Platz. Weder in den traditionellen Kategorien noch in einer anderen den modernen Anforderungen angepaßten Weise erzogen, mußten sich die Vietnamesen sehr bald der unwürdigen Lage bewußt werden, in die sie die französische Administration gebracht hatte.

Wohl am folgenreichsten war die direkte französische Einflußnahme dort, wo sie auf die Organisation der dörflichen Gemeinschaft traf. Das Dorf, dessen charakteristische Bambusumzäunung nicht nur Verteidigungszwecken diente, sondern immer auch dem Kaiser die Grenzen seiner Macht deutlich machte, war den vietnamesischen Bauern seit jeher Refu-

gium und Ausdruck seiner persönlichen Unabhängigkeit zugleich. Von der Dorfgemeinschaft, der gewählte oder durch das Alter dazu bestimmte Notablen vorstanden, erhielt er zu festgesetzten Zeiten einen Anteil an den gemeindeeigenen Reisfeldern zur Bewirtschaftung. Wohl besaß er auch eigenes Land, konnte aber darüber nicht unbeschränkt verfügen. Ließ er es brachliegen, fiel es automatisch an die Gemeinde zurück. Der Bodenspekulation war damit ein wirksamer Riegel vorgeschoben. Auch sonst haben sich die Gemeinden unangemessener Besitzvermehrung widersetzt. War ein Bauer einmal von einer Besitzwegnahme bedroht, so genoß er starken Schutz bei seiner Gemeinde, wie überhaupt jeder Schuldner, sobald er in sein Dorf zurückkehrte, auf enge Solidarität seitens der Dorfgemeinschaft zählen konnte. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß auch die königlichen Dynastien sich immer einer Besitzakkumulation entgegengestellt haben, da sie in der Landverteilung an Kleinbauern ein willkommenes Mittel zur Festigung ihrer Macht erblickten.

Isoart zeigt auf, daß in dieser geschlossenen Sozial- und Wirtschaftsordnung die Änderung der Besteuerung der „Eingeschriebenen“ und damit der Wegfall aller sich aus der dörflichen Zugehörigkeit ergebenden Rechte, die Verdrängung der Notablen aus ihrer Funktion als Richter und Ordnungshüter, die Herausbildung eines weder durch Ansehen noch durch Vorbildung qualifizierten und statt dessen zu unterwürfiger Kollaboration mit den neuen Machthabern bereiten und oft korrupten mittleren Beamtentums, die Öffnung des Landes für den Außenhandel, die Einführung der von der „Bank von Indochina“ kontrollierten Piasterwährung und viele andere abrupt von außen hereingetragenen Neuerungen nicht ohne Folgen für die bisherigen Lebensgewohnheiten der Bevölkerung sein konnten. Neue, heterogene Gesellschaftsschichten, in ihren Widersprüchen durch die Fremdeinwirkung noch potenziert, entstanden und legten den Grundstein für die schon

bald nach Errichtung der französischen Kolonialherrschaft einsetzende revolutionäre Entwicklung in Vietnam.

Hermann Weber

J. M. MWANAKATWE

**The Growth of Education in Zambia since Independence**

Oxford UP Eastern Africa 1968

DAVID B. ABERNETHY

**The Political Dilemma of Popular Education**

An African Case, Stanford UP 1969

„Modernisierung“ bezeichnet im heutigen Sprachgebrauch zusammenfassend den komplexen Prozeß, durch den ein „Entwicklungsland“ gegenüber den modernen Staaten der Welt konkurrenz- und damit überlebensfähig werden soll. Leider ist über diesen Prozeß bisher nichts mit voller Sicherheit bekannt, als daß er lebensnotwendig für die bezeichneten Länder ist; das Vorantreiben dieses Prozesses wird aber weitgehend durch Überzeugungen bestimmt, neben denen die Erfahrungen erst einen langsam wachsenden Raum einnehmen — eine Gewichtsverschiebung, die zugleich oft einen Stimmungsumschwung von Optimismus zum Skeptizismus bewirkt. Zwei Veröffentlichungen über die Volksbildung in einem Entwicklungsland stehen dafür als Beispiele. Gerade dem Bildungswesen wird gern eine entscheidende Rolle bei der Modernisierung eines Landes zugeschrieben, und so stellt Mwanakatwe mit Stolz die Leistungen der Regierung Zambias auf diesem Gebiet seit der Unabhängigkeit (1964) dar, ohne das Verdienst ausländischer Missionare und Lehrkräfte zu schmälern. Er war der erste Erziehungsminister des jungen Staates und zeigt in seinem Buch, daß er sich mit viel persönlicher Hingabe im Dienst seines Landes fühlt. Seiner Auffassung nach muß Erziehung in Zambia nicht nur Fähigkeiten, sondern vor allem staatsbürgerliche Gesinnung vermitteln und so eine opferwillige Führungsschicht hervorbringen, die die schwierigen Probleme eines Entwicklungslandes bewältigen kann.